



EU/EP: EP/ Implementierung Umweltrecht

Brüssel, 8. März 2012

PRESSEMITTEILUNG

Jutta HAUG:

"Profitables Recht – für Umwelt und Wirtschaft!"

Mitteilung der EU-Kommission zur Implementierung von EU-Umweltrecht

Am Mittwoch stellte die Europäische Kommission eine Mitteilung zur besseren Umsetzung des EU-Umweltrechts vor. Darin kommt sie zu dem Schluss, dass die Nichtanwendung des Umweltrechts die europäische Wirtschaft jedes Jahr ungefähr 50 Milliarden Euro kostet.

"Zurzeit sind 345 Vertragsverletzungsverfahren bei der Generaldirektion Umwelt gegen verschiedene Mitgliedsstaaten anhängig. Dazu kommt die gleiche Anzahl von Fällen, zu denen bereits ein Austausch auf der Arbeitsebene stattfindet, aber noch kein offizielles Verfahren eingeleitet wurde. Das kostet nicht nur Verwaltungsaufwand, sondern verzögert auch unnötig den Schutz und den Nutzen für unsere Umwelt und damit für die Menschen in Europa", so die SPD-Europaabgeordnete **Jutta HAUG**.

Auch Deutschland hinkt bei der Umsetzung der EU-Umweltgesetze regelmäßig hinterher. Bis Dezember 2010 hätte die EU-Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Erst Anfang 2012 wurde allerdings das Kreislaufwirtschaftsgesetz verabschiedet. Derzeit sind noch sechs Verfahren gegen Deutschland anhängig.

Die meisten Umsetzungsschwierigkeiten liegen in den Bereichen Naturschutz, Wasser und Abfall – mit insgesamt 68 Prozent der Vertragsverletzungsverfahren. Für den Bereich Abfall berechnete die Kommission kürzlich, dass 72 Milliarden Euro pro Jahr durch die konsequente Anwendung der Abfallgesetzgebung eingespart und gleichzeitig über 400 000 Jobs geschaffen werden könnten. "Nicht nur angesichts der Wirtschaftskrise können wir uns einen weiteren Aufschub von solchen Maßnahmen im Bereich Ressourceneffizienz einfach nicht mehr leisten!" bekräftigt **Jutta HAUG**.

"Eine saubere Umwelt und solide Gesetze, um Umweltverschmutzung und daraus folgende gesundheitliche Schäden zu verhindern, gehören für viele Bürgerinnen und Bürger zu den wichtigsten Errungenschaften der EU. Auch die wirtschaftlichen Vorteile von funktionsfähigen Ökosystemen werden nicht nur von Umweltorganisationen, sondern mittlerweile auch von Unternehmen intensiv diskutiert. Gerade deswegen muss die EU dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten die von ihnen selbst so mitbeschlossenen Umweltgesetze schnellstens umsetzen", ist **Jutta HAUG** überzeugt.

Die Mitteilung der Kommission soll hier Hilfestellung bieten. Sie zeigt Wege auf, um schneller auf Umweltprobleme zu reagieren und um die systematische Sammlung und Verbreitung von Informationen zu verbessern.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 37595